

Nachrichten aus Ungarn

5 / 2009

Waffenstillstand und Kompromiss hinter geschlossenen Türen: Zum Parteitag der ungarischen Sozialisten am 4. Juli 2009

In den ungarischen Medien wurden Vorgeschichte und Vorbereitung des jüngsten MSZP-Parteitages vom 4. Juli in Budapest mit viel größerer Spannung und Aufmerksamkeit verfolgt als das Ereignis selbst. Widersprüche, die zum Vorschein kamen, „Klatsch und Tratsch“ sowie undurchschaubare, bildhafte Kräftegruppen stellten nicht nur Journalisten, sondern auch Analysten auf die Probe. Zunächst hatte die Parteiführung unter (der am 5. April neu gewählten Parteivorsitzenden – s. dazu FES Nachrichten aus Ungarn 2/2009) Ildiko Lendvai nur eine Parteiversammlung angekündigt. Nach den für die Partei enttäuschenden EP-Wahlen allerdings hatte sich der Parteivorstand für die Einberufung eines Parteitages entschieden.

Die Diskussion, die die Öffentlichkeit bis zum Termin des Parteitages in Aufregung hielt, nahm auf der Sitzung des Parteivorstandes am 16. Juni ihren Anfang, als der stellvertretende Vorsitzende Istvan Ujhelyi den Vorschlag machte, der MSZP-Vorstand solle auf dem Parteitag gegen sich selbst die Vertrauensfrage stellen, und wenn dafür keine Mehrheit stimmt, die Partei im September eine neue Führung wählen. Letztendlich wurde der Vorschlag mit 8 zu 5 Stimmen abgelehnt. Weder zu jener Zeit noch danach unterstützte die Mehrheit der Parteiführung den Gedanken, die Vertrauensfrage/Vorstandsneuwahl auf die Tagesordnung zu setzen. Unter Berufung auf MSZP-Kreise wurde in der Presse sehr bald laut, dass sich hinter diesem Ereignis ein *Generationsgegensatz* verbirgt. Dem zufolge sahen die „Jungen“ um den Bürgermeister von Szeged László Botka und den stellvertretenden Oberbürgermeister von Budapest Miklós Hagyó (in erster Linie fielen die Namen von Fraktionsführer Attila Mesterházy, teilweise von den Ministern Ádám Ficsor und Csaba Molnár sowie der Staatssekretärin Ágnes Vadai) die Zeit gekommen, um die dominanten „Alten“ (Ildikó Lendvai, Imre Szekeres, Péter Kiss, János Veres) zur Verantwortung zu ziehen und die Parteiführung zu erneuern. Grundsätzlich wird die Interpretation der Ereignisse auch heute von der Generationsfrage bestimmt, obwohl, wie die „Alten“ im Vorstand argumentierten, viele der „Jungen“ – so ab 2001 die Vorstandsmitglieder Újhelyi

oder Mesterházy, der 2001 zum Beraterteam von Péter Medgyessy gehörte – sowieso schon seit geraumer Zeit an der Richtungsbestimmung der MSZP beteiligt sind. Gänzlich anderer Meinung ist dagegen Miklos Hagyó, der sehr schnell die Seiten wechselt und augenscheinlich am ehesten seine eigene Position ausbaut, ganz zu schweigen von den „Gyurcsányisten“ wie Molnár und Ficsór, die sich gerade aufgrund ihrer positiven Einschätzung zur „Gyurcsány-Ära“ scharf von der Gruppe Újhelyi und Co. abgrenzen. Nach besagter Vorstandssitzung gingen die internen Kämpfe auf niedrigeren Parteiforen weiter. Der Reihe nach erschienen in der Presse kritische Analysen der einzelnen Parteiplattformen und –richtungen zur Vergangenheit und Gegenwart der Partei. Auch diese machten deutlich, dass neben den mehr oder weniger Generationsgegensätzen auch die links-progressivistische Trennlinie, die innerhalb der Partei als traditionell bezeichnet werden kann, und die persönlichen politischen Interessen einzelner starker Personen mit zumindest ebenso großem Gewicht zu spüren sind. Abgesehen von personellen Belangen bestand für Letztere die große Frage in Bezug auf den „Programmparteitag“ darin, ob die Partei auch weiterhin die Regierungsmaßnahmen zur Krisenbewältigung unterstützt oder, im Zeichen des Ausbaus eines mehr linken Gesichts, auf Abstand zum Ministerpräsidenten geht. Letzteres befürworteten im Wesentlichen mal mehr und mal weniger verdeckt solche Größen des linken MSZP-Flügels wie Tibor Szanyi oder Katalin Szili.

Für den 22. Juni hatte Ildikó Lendvai, bereit die Vermittlerrolle zu übernehmen, Gespräche zwischen den sich gegenüberstehenden „Alten“ und „Jungen“ angeregt. Während dieser Gespräche nahmen die Beteiligten letztendlich das vom Umweltminister und Vorsitzenden des Komitats Pest Imre Szabó angedachte Kompromiss-Szenarium an, was dann am 4. Juli im Großen und Ganzen auch umgesetzt wurde. Demzufolge sollen die Landeswahlkommission um vom Parteitag vorgeschlagene Mitglieder ergänzt und im Dezember, nach Verabschiedung des Haushalts, zwei Parteitage abgehalten werden: den ersten zur Aufstellung des Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten und der Landesliste sowie Abänderung des Parteistatuts, damit auf dem eine Woche später stattfindenden, außerordentlichen Parteitag ausschließlich über die Zusammensetzung der Parteiführung auf nationaler Ebene entschieden werden kann (dem jetzigen Statut zufolge ist dies nur dann möglich, wenn Neuwahlen gleichzeitig auf allen Parteiebenen stattfinden). Zwar dauerten die Gespräche praktisch bis zum letzten Tag, doch den rivalisierenden Interessengruppen gelang es schließlich sich zu einigen. Trotzdem beschlossen die Sozialisten, den Parteitag hinter verschlossenen Türen durchzuführen, weil man sich ganz und gar nicht sicher war, ob unter den Delegierten nicht doch wieder Gegensätze offen zum Vorschein kommen oder gar persönliche Angriffe ausgetragen werden.

Es scheint, dass die Vorsicht etwas übertrieben war, da der Parteitag im Zeichen von „Waffenstillstand und Kompromiss“ verlief. Vor der Presse sprach Ildikó Lendvai von einem Kompromiss zwischen den „sogenannten Alten“ und den „sogenannten Jungen“, und tatsächlich gab es keine größeren Überraschungen. An der Zusammensetzung des Vorstandes wird sich zumindest bis November nichts ändern (wenn es gelingt, bis dahin den Haushalt zu verabschieden, denn erst danach kann der Neuwahlen-Parteitag abgehalten werden). Beschlossen wurde allerdings, die Wahl führender Vertreter der „Jungen“ (László Boldvai, László Botka, Sándor Burány, Ádám Ficsor und Csaba Molnár) in die Landeswahlkommission vorzuschlagen (laut Statut gehört die Abstimmung darüber formal zu den Befugnissen des Parteiausschusses, der nach Presseinformationen seine Entscheidung bis Ende August trifft). Gebilligt wurde von den Delegierten auch der Beschlussentwurf des Vorstandes, in dem die Partei die Regierung ihrer weiteren Unterstützung versichert. In diesem Zusammenhang beruhigte Attila Mesterházy in überraschend freundschaftlichem Ton den Ministerpräsidenten, als er sagte, man werde den regierungsfeindlichen Angriffen der Opposition mit aller Kraft entgegentreten und, wenn nötig, zum „Gegenangriff“ übergehen.

Als Gewinner des Parteitages kann eindeutig der gegenwärtige Vorstand bezeichnet werden, für den viel mehr auf dem Spiel stand, als für die „Aufständischen“. Im Wesentlichen verliefen die Ereignisse am 4. Juli nach ihrem Szenarium: All ihre Hauptziele – Unterstützung der Regierung, Standhalten gegenüber der Versuchung einer „Verteilungs-Politik“, Verhinderung von Funktionärsneuwahlen – wurden erreicht. Hinzu kommt, dass alle dafür gemachten Zugeständnisse eher als Versprechen denn als Garantien betrachtet werden können. Dank der verfahrensrechtlichen Paragrafen im Statut blieb sogar die für die „Jungen“ wichtigste Geste, die „Auffüllung“ der Landeswahlkommission, in der Schwebe. Obwohl sich die Delegierten mit ihren Stimmen symbolisch für die Kandidatur der fünf neuen Mitglieder aussprachen, kann der Parteiausschuss, der die tatsächliche Entscheidung trifft, in den verbleibenden noch mehr als eineinhalb Monaten ohne weiteres beschließen die Kandidaturen nicht zu akzeptieren. Das kann besonders dann von großer Bedeutung sein (und hier verbirgt sich der eigentliche Erfolg des Vorstandes), wenn die Gegensätze erneut an die Oberfläche gelangen und damit die parteiinternen Kämpfe wieder aufflammen. Dann nämlich würde eine Situation eintreten, in der die „Alten“ im Vorstand im Ergebnis der jetzigen Konstellation nicht viel zu verlieren hätten, da für sie auch im schlimmsten Falle alles nach dem jetzt gebilligten Szenarium ablaufen würde. Im Gegensatz dazu kann es in Bezug auf die fünf Kandidaten bei einer ungünstigen Änderung der parteiinternen Kräfteverhältnisse noch immer dazu kommen, dass aus dem gerade schwer erkämpften Kompromiss ein Zugeständnis ohne

Gegenleistung wird, d. h., sofern sie für ihren teilweisen Rückzug nach diesen langwierigen und außerordentlich heiklen Diskussionen sowie für die Stärkung der Parteiführung im Gegenzug nichts erhalten.

Tatsächlich wäre das aber auch für den Vorstand nur ein Teilerfolg, ein Zeitgewinn. Durch die EP-Wahlniederlage wurden die seit langem bestehenden Spannungen in der Partei noch verschärft und im Augenblick scheint es, als würden auch die Gemäßigteren unter den Renitenten nur auf den passenden Moment warten, um wieder mit ihren Forderungen aufzutreten. Darauf weist auch die Ankündigung Katalin Szilis hin, im September ihr Amt als Parlamentspräsidentin niederzulegen und sich aktiver in Parteiangelegenheiten zu engagieren bzw. an der Neudefinition der Linken-Identität zu beteiligen. Das braucht Szili nach dem Wahl-Fiasko vom Mai in Pécs auch, was, bedingt durch sein Ausmaß, einen nur schwer zu entfernenden Fleck auf ihrem politischen Prestige hinterlassen hat, obwohl sie bemüht war, die gesamte Verantwortung auf Partei und Regierung abzuwälzen. Ganz allgemein kann gesagt werden, dass die Zukunft in der MSZP wahrscheinlich am ehesten durch ein Rivalisieren der „Starken“ bestimmt sein wird. Attila Mesterházy, den man immer öfter als chancenreichsten Kandidaten der Partei für das Amt des Ministerpräsidenten nennt, wird im Laufe der Zeit vermutlich immer weniger die Unterstützung der „Alten“ mit gelegentlichen Konfrontationen aufs Spiel setzen, und so gerät seine „Aufmüpfigkeit“ wohl auch sehr bald in Vergessenheit. Fraglich ist allerdings, welche Rolle im Popularitätswettstreit – wenn er denn auf Herausforderer trifft, und in der Person von Szili wird sich ihm ein solcher fast sicher stellen - eine Konfrontation mit der „Gyurcsány-Ära“ bzw. der von den „Neoliberalen“ in „Fesseln“ gelegten Regierung, deren Aufgabe die Krisenbewältigung ist, spielen wird. Ein besonderer Fall ist László Botka, der trotz – oder gerade wegen - seiner großen parteiinternen Popularität den Kampf wahrscheinlich nicht aufnehmen und eher in Szeged Wartestellung beziehen wird, um dann erstarkt 2014 die Führung einer geschwächten Partei zu übernehmen.

Festzuhalten bleibt als wichtigstes Ergebnis des MSZP-Parteitages vom 4. Juli: Abgesehen von geringfügigen Zugeständnissen setzt die Regierung unverändert ihr begonnenes Krisenprogramm fort, das sich bisher - unabhängig davon, wer die Einzelheit wie beurteilt – im Hinblick auf die Zurückgewinnung des Marktvertrauens, die Beibehaltung der fiskalen Disziplin und die Erfüllung einzelner Auflagen in der dem IWF gegebenen Absichtserklärung als zweifellos erfolgreich erwiesen hat. Die Chancen für vorgezogene Wahlen, die wie das Damoklesschwert über dem Kopf der Regierung schwebt, sind nun auf ein Minimum gesunken, denn der Parteitag war für die MSZP die letzte Gelegenheit, der Regierung ohne

größere Blutverluste den Rücken zu kehren. Ganz im Gegenteil dazu brachte der Parteitag unmissverständlich seine Loyalität gegenüber der Regierung zum Ausdruck. Nächster und zugleich letzter kritischer Punkt vor den Wahlen wird die Verabschiedung des Haushalts sein. Sollten sich die Sozialisten plötzlich für eine „Wende um 180 Grad“ entscheiden und auch vorgezogenen Wahlen zustimmen um den Haushaltsentwurf der Regierung zu torpedieren, so würden sie über lange Zeit hinweg nicht in der Lage sein sich von der Schande zu befreien, dass Ungarn wegen ihnen keinen neuen Staatshaushalt besitzt. Natürlich gibt es Beispiele dafür, dass die Praxis letztendlich der politischen Rationalität zuwiderläuft. Wenn sich aber die Regierungspartei an den jetzigen Parteitagsbeschluss hält, hat Bajnai gute Chancen bis zum Ablauf der Legislaturperiode im Amt zu bleiben.

Dr. Kornelia Magyar, Direktorin des Progressive Institute Budapest / Heinz A. Huthmacher, FES Budapest, im Juli 2009